

# Österreichische Gemeindefinanzen bis 2014

Mag. Peter Biwald, Mag. Manuel Köfel

## Prognoseannahmen

Zur Prognose der künftigen Einnahmen wurden folgenden Annahmen getroffen:

- **Entwicklung der eigenen Steuern**  
80 Prozent Kommunalsteueranteil; daher Prognose zu 80 Prozent auf Basis der von WIFO (Jänner 2010) und IHS (Juli 2010) prognostizierten Lohn- und Gehaltssumme  
20 Prozent sonstige eigene Steuern (mehrheitlich Grundsteuer); Entwicklungsannahme 1 Prozent p.a.
- **Entwicklung der Ertragsanteile**  
auf Basis der Prognose des Bundesministerium für Finanzen von September 2010
- **Entwicklung sonstiger Einnahmen**  
VPI bis 2011 gemäß WIFO Prognose (Oktober 2010); danach Annahme 2 Prozent p.a.

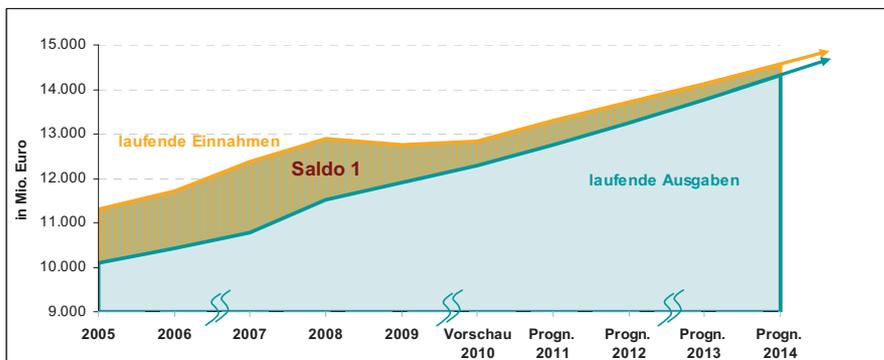
Die erwartete Ausgabenentwicklung ergibt sich aus folgenden Annahmen:

- **Entwicklung der Personalausgaben**  
Gemäß Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf lt. Prognosen von WIFO (Jänner 2010) und IHS (Juli 2010)
- **Zinsentwicklung**  
Gemäß Stabilitätsprogramm des Bundesministerium für Finanzen 2010 (Annahme der Fortschreibung dieser Tendenz für 2014)
- **Entwicklung der Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts**  
Bundesländergewichteter<sup>1</sup> Mischsatz: 43 Prozent aus erwarteten Zuwächsen bei der Sozialhilfeumlage; 43 Prozent aus erwarteten Zuwächsen bei der Krankenanstaltenumlage; 14 Prozent verbleibende Transfers. Zuwachsraten wurden auf Basis von Umfragen bei Finanzdirektoren in größeren Städten in den Bundesländern und eigenen Annahmen gebildet.
- **Entwicklung sonstiger Ausgaben**  
VPI bis 2011 gemäß WIFO Prognose (Oktober 2010); danach Annahme 2 Prozent p.a.

## Hauptszenario

Auf Basis der angeführten Prognoseannahmen ergibt sich für die Entwicklung der laufenden Gebarung der österreichischen Städte und Gemeinden der in Abbildung 1 dargestellte Trend.

**Abbildung 1: Entwicklungstrend der Gemeindefinanzen**



Quelle: KDZ: eigene Berechnungen, Oktober 2010.

<sup>1</sup> Entwicklungsraten jener Bundesländer mit in absoluten Zahlen höheren Transfers an Träger des öffentlichen Rechts wurden entsprechend stärker gewichtet.

Die Erwartung, dass es für die Gemeinden künftig kaum finanzielle Spielräume geben wird bleibt weiter bestehen. Bis 2014 werden kaum Überschüsse in der laufenden Gebarung zu erwirtschaften sein, weil die Entwicklung der Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts die Einnahmenentwicklung weiterhin deutlich übersteigt.

Im Vergleich zu früheren Prognosen wird aber deutlich, dass die bessere wirtschaftliche Entwicklung auch zu einer geringfügigen Verbesserung der Gemeindefinanzen führt. Vor allem die Ertragsanteileinnahmen dürften nach neuesten Erkenntnissen wieder früher und stärker wachsen. Demnach erwirtschaften die österreichischen Städte und Gemeinden im Jahr 2014 in Summe einen knappen Überschuss der laufenden Gebarung (siehe Tabelle 1). Der Entwicklungstrend bleibt aber deutlich negativ. Im Vergleich dazu lag der Überschuss der laufenden Gebarung aller österreichischen Gemeinden im Jahr 2007 bei 1,5 Mrd. Euro, 2009 wurden nur mehr Überschüsse im Ausmaß von 870 Mio. Euro verzeichnet und bis 2014 werden sich die Überschüsse der laufenden Gebarung auf 243 Mio. Euro verringern.

**Tabelle 1: Laufende Gebarung österreichischer Städte und Gemeinden 2010 bis 2014**

Bezeichnung	2008 Summe o + aoH	2009 Summe o + aoH	Vorschau 2010 Summe o + aoH	Progn. 2011 Summe o + aoH	Progn. 2012 Summe o + aoH	Progn. 2013 Summe o + aoH	Progn. 2014 Summe o + aoH	Veränderung pro Jahr in %** (2008 zu 2014)
<b>Einnahmen der laufenden Gebarung</b>								
in Mio. Euro								
Eigene Steuern	2.745	2.710	2.739	2.797	2.872	2.949	3.028	1,6
Ertragsanteile	5.169	4.879	4.840	5.128	5.360	5.587	5.822	2,0
Gebühren und Leistungserlöse	2.809	2.881	2.933	2.994	3.054	3.115	3.178	2,1
Sonstige laufende Einnahmen	2.167	2.292	2.333	2.382	2.430	2.479	2.528	2,6
<b>Laufende Einnahmen</b>	<b>12.889</b>	<b>12.762</b>	<b>12.845</b>	<b>13.301</b>	<b>13.717</b>	<b>14.130</b>	<b>14.556</b>	<b>2,0</b>
<b>Ausgaben der laufenden Gebarung</b>								
in Mio. Euro								
Leistungen für Personal	2.901	3.083	3.120	3.179	3.252	3.327	3.404	2,7
Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3.584	3.699	3.765	3.845	3.921	4.000	4.080	2,2
Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	2.668	2.816	3.058	3.321	3.607	3.917	4.254	8,1
Zinsen für Finanzschulden	435	295	312	333	344	357	370	-2,6
Sonstige laufende Ausgaben	1.925	1.999	2.035	2.078	2.119	2.162	2.205	2,3
<b>Laufende Ausgaben</b>	<b>11.513</b>	<b>11.892</b>	<b>12.291</b>	<b>12.756</b>	<b>13.244</b>	<b>13.763</b>	<b>14.313</b>	<b>3,7</b>
<b>Ergebnis der laufenden Gebarung (Öffentliches Sparen)</b>	<b>1.376</b>	<b>870</b>	<b>554</b>	<b>546</b>	<b>472</b>	<b>367</b>	<b>243</b>	

Anmerkung: Summe der Gemeinden ohne Wien; \*\* geometrisches Mittel mit dem Basisjahr 2008

Quelle: KDZ: eigene Berechnungen, Oktober 2010.

Es kann also erwartet werden, dass die Städte und Gemeinden ihre Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren deutlich reduzieren werden, da keine Mittel zur Finanzierung der Investitionen und Investitionsfolgekosten vorhanden sein werden.

Gleichzeitig ist es für Städte und Gemeinden unvermeidlich, weiterhin in die kommunale Infrastruktur zu finanzieren. Um einen Investitionsrückstau zu vermeiden, der in der Zukunft mit großem finanziellem Mehraufwand abgebaut werden müsste, und um die Lebensqualität zu erhalten, müssen Städte und Gemeinden zumindest Instandhaltungs- und Ersatzinvestitionen durchführen. Damit diese finanzierbar sind, bedarf es einer umsichtigen Investitions- und Finanzierungsplanung, die durch weit reichende Konsolidierungsmaßnahmen der Gemeinden flankiert werden muss. Neben Prozessoptimierungen sowie Aufgaben- und Produktkritik werden in den nächsten Jahren auch vermehrt Effizienzsteigerungspotenziale aus Gemeindekooperationen lukriert werden müssen, um die finanziellen Spielräume der Städte und Gemeinden zu erhalten. Diese werden jedoch nicht ausreichen, weshalb auch zentrale Rahmenbedingungen wie Transfers und Finanzausgleich zu ändern sind.

## Szenario Steuererhöhung

Berücksichtigt man die im Oktober 2010 von der Bundesregierung angekündigten Steuererhöhungen ab 2011 und nimmt an, dass die Mehreinnahmen zu einem Drittel den Städten und Gemeinden über gemeinschaftliche Bundesabgaben zukommen, verändert sich die Prognose geringfügig. Bis 2014 verbessert sich das Ergebnis um 190 Mio. Euro. Dies erhöht zwar die Spielräume für die Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren, ändert aber nichts am strukturellen

Negativtrend (siehe Tabelle 2). Bestenfalls wird die Negativentwicklung etwas gemildert (siehe Abbildung 2). Die Transferzahlungen steigen weiterhin deutlich stärker als die Einnahmen der Gemeinden und führen mittel- bis langfristig dazu, dass die Gemeinden keine finanziellen Spielräume mehr vorfinden.

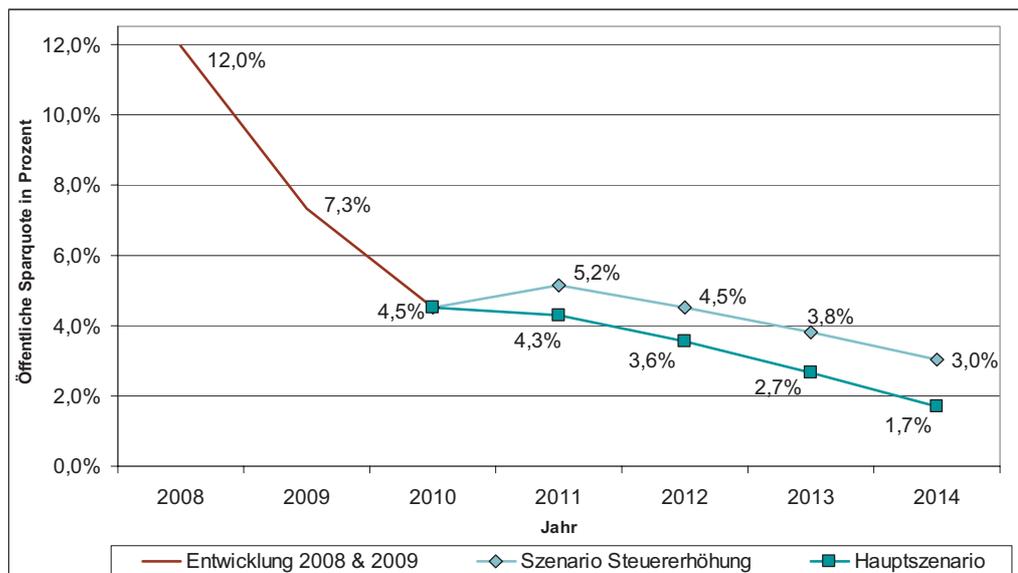
**Tabelle 2: Laufende Gebarung österreichischer Städte und Gemeinden 2010 bis 2014 mit höheren Einnahmen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben**

Bezeichnung	2008	2009	Vorschau 2010	Progn. 2011	Progn. 2012	Progn. 2013	Progn. 2014	Veränderung pro Jahr in %** (2008 zu 2014)
	Summe o + aoH							
<b>Einnahmen der laufenden Gebarung</b>								
in Mio. Euro								
Eigene Steuern	2.745	2.710	2.739	2.797	2.872	2.949	3.028	1,6
Ertragsanteile	5.169	4.879	4.840	5.240	5.486	5.746	6.015	2,6
Gebühren und Leistungserlöse	2.809	2.881	2.933	2.994	3.054	3.115	3.178	2,1
Sonstige laufende Einnahmen	2.167	2.292	2.333	2.382	2.430	2.479	2.528	2,6
<b>Laufende Einnahmen</b>	<b>12.889</b>	<b>12.762</b>	<b>12.845</b>	<b>13.413</b>	<b>13.843</b>	<b>14.288</b>	<b>14.748</b>	<b>2,3</b>
<b>Ausgaben der laufenden Gebarung</b>								
in Mio. Euro								
Leistungen für Personal	2.901	3.083	3.120	3.179	3.252	3.327	3.404	2,7
Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3.584	3.699	3.765	3.845	3.921	4.000	4.080	2,2
Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	2.668	2.816	3.058	3.321	3.607	3.917	4.254	8,1
Zinsen für Finanzschulden	435	295	312	333	344	357	370	-2,6
Sonstige laufende Ausgaben	1.925	1.999	2.035	2.078	2.119	2.162	2.205	2,3
<b>Laufende Ausgaben</b>	<b>11.513</b>	<b>11.892</b>	<b>12.291</b>	<b>12.756</b>	<b>13.244</b>	<b>13.763</b>	<b>14.313</b>	<b>3,7</b>
<b>Ergebnis der laufenden Gebarung (Öffentliches Sparen)</b>	<b>1.376</b>	<b>870</b>	<b>554</b>	<b>658</b>	<b>598</b>	<b>526</b>	<b>435</b>	

Anmerkung: Summe der Gemeinden ohne Wien; \*\* geometrisches Mittel mit dem Basisjahr 2008

Quelle: KDZ: eigene Berechnungen, Oktober 2010.

**Abbildung 2: Entwicklungstrend der Gemeindefinanzen im Szenariovergleich**



Anmerkung: Öffentliche Sparquote = Verhältnis des Überschusses der lfd. Gebarung zu den laufenden Einnahmen.

Quelle: KDZ: eigene Berechnungen, Oktober 2010.

Um die Gemeindefinanzen zu stabilisieren muss demnach der starke Anstieg der Transferzahlungen vermieden werden. Die größten Belastungen finden im Bereich der Sozialhilfeumlage und der Krankenanstaltenumlage statt. Hier sind strukturelle Reformmaßnahmen notwendig. Entweder sind Standards anzupassen oder die Finanzierungsbasis ist zu verbreitern, um die demografisch bedingte steigende Nachfrage nach Leistungen aus dem Gesundheits- und Sozialsystem finanzieren zu können. Zur Verbreiterung der Finanzierungsbasis könnte ein Pflegefonds dienen. Es ist allerdings darauf zu achten, dass dieser für die Länder und Gemeinden auch tatsächlich eine Entlastung bringt. Es sollte aus der Sicht der Städte und Gemeinden vermieden werden, dass die Dotierung dieses Fonds aus Mitteln der Länder und Gemeinden erfolgt, bzw. dass durch einen Pflegefonds Leistungen finanziert werden, die es bis dato noch nicht gibt. Schlimmstenfalls führt ein Pflegefonds zu einer

weiteren Transferverflechtung im ohnehin schon sehr komplexen Finanzausgleichssystem, mit lediglich geringer Entlastungswirkung für die Städte und Gemeinden. Gegebenenfalls könnte die Finanzierungsproblematik im Bereich der Pflegefinanzierung aus der Sozialhilfe durch eine entsprechende Valorisierung des Bundespflegegeldes gelöst werden. Dieses wurde nämlich in den letzten Jahren nicht entsprechend der Kostenentwicklung im Pflegebereich angepasst, womit eine Finanzierungslücke seit 1994 von 540 Mio. Euro entstanden ist, wovon 270 Mio. die Städte und Gemeinden treffen.

## Resumée

Auch bei günstigerer wirtschaftlicher Entwicklung und daraus folgenden höheren Steuereinnahmen ist die finanzielle Lage der Gemeinden weiterhin angespannt. Da die Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts (insbesondere die Sozialhilfeumlage und die Krankenanstaltenumlage) immer noch deutlich stärker steigen als die Steuereinnahmen der Gemeinden, verschlechtert sich das finanzielle Ergebnis der Gemeinden stetig. Auch bei höheren Steuereinnahmen (z.B. aus der im Oktober vom Bund angekündigten Steuererhöhung) bleibt ein deutlicher Negativtrend der Gemeindefinanzen bestehen. Mittel- bis langfristig existieren demnach keine finanziellen Spielräume (etwa für zusätzliche Leistungen oder Investitionen) mehr, solange es zu keinen umfassenden Strukturreformen der Gemeindefinanzierung kommt. Einen Beitrag dazu können Transferentflechtung bzw. Aufgabenorientierung im Finanzausgleich leisten. Daneben ist die Steuerautonomie der Gemeinden zu erhöhen (Grundsteuer, Getränkesteuer Neu etc.). Primär sollte künftig erreicht werden, dass sich die Transfersteigerungen deutlich verringern und sich den Wachstumsraten auf der Einnahmenseite annähern. Dies kann, bei steigender Nachfrage im Gesundheits- und Sozialwesen, durch eine Anpassung der Standards oder eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis erfolgen (z.B.: Pflegefonds). Letzteres müsste aber auf effiziente Weise zu einer spürbaren Entlastung der Städte und Gemeinden führen, und dürfte nicht für zusätzliche, außer den bereits durch die Sozialhilfe finanzierten, Leistungen verwendet werden<sup>2</sup>.

Um geringfügige Spielräume für unumgängliche Infrastrukturinvestitionen zu schaffen, bemühen sich Gemeinden die Verwaltungsprozesse zu optimieren und die erbrachten Aufgaben kritisch nach Einsparungspotenzialen zu hinterfragen. Weiters dürfen die Effizienzsteigerungspotenziale, die sich aus Gemeindekooperationen ergeben, nicht außer Acht gelassen werden.

---

<sup>2</sup> Auszunehmen wären hierbei jene Leistungen, die schließlich zu Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen führen würden.